

## Offener Protestbrief

Köln, 19.01.2021

### Stadt will Propagandaauftrag für den Ost-West-Tunnel vergeben

Wie uns bekannt wurde, hat die Stadt Köln kurz vor den Weihnachtsferien am 15.12.20 ein Vergabeverfahren für das Projekt Ost-West-Achse in Gang gebracht. Die Stadt schreibt einen Auftrag zur Erstellung eines Kommunikationskonzepts sowie zur begleitenden Öffentlichkeitsarbeit für den Zeitraum 2021 bis 2037 aus. Das Auftragsvolumen beträgt 1,5 Millionen Euro, Abgabeschluss ist bereits der 28. Januar 2021.

Link: <https://vergabe.stadt-koeln.de/VMPSatellite/public/company/project/CXQ0YYRYEH5/de/overview?4>

Ziel soll es sein, „die Potentiale, Herausforderungen und den sich daraus ergebenden Nutzen für die unterschiedlichen Interessen im Gesamtzusammenhang zielgruppenspezifisch zu vermitteln.“

Wir fragen: Wie soll vor der Grundsatzentscheidung „Oben bleiben oder nicht“ ein Kommunikationskonzept funktionieren? Wie sollen die einander diametral entgegenstehenden Vorstellungen von oberirdischem Ausbau einerseits und eines neuen Tunnels unter der Innenstadt hindurch mit einer Kommunikationsstrategie gleichermaßen transportiert und vermittelt werden können? Wie kann es überhaupt eines Kommunikationskonzeptes bedürfen, bevor durch den Rat verbindlich über das weitere Vorgehen (zugunsten einer der beiden Varianten oder zugunsten einer Aufgabe/Verschiebung des Projektes) entschieden worden ist?

Weiter heißt es in der Ausschreibung, es sei zu berücksichtigen „dass sich bereits variantenspezifische Interessen gebildet haben, deren Moderation bedeutend für den Projekterfolg sind.“ Da ist blumig die Rede von anzustrebender „Erhöhung der Akzeptanz“ für „einzelne Planungs- und Bauprozesse“.

Dann aber wird die Katze aus dem Sack gelassen: **„Die Kommunikation soll zudem erreichen, dass es bis zum finalen Variantenentscheid möglichst wenig Störfeuer und keine Grundsatzdebatte über das Projekt gibt.“**

Das ist ein skandalöser Vorgang, der dringend der Aufklärung bedarf. Seit wann steht es der Verwaltung zu, Kommunikationskonzepte in Auftrag zu geben, die eine Diskussion der Zivilgesellschaft über ein so wichtiges und folgenschweres Projekt abwürgen sollen? Wann sonst, wenn nicht in der Phase vor der Variantenentscheidung, ist eine solche Diskussion angemessen? Solange eine Entscheidung zugunsten einer der beiden Varianten nicht getroffen ist, ist der politische Streit darüber nicht nur legitim, sondern in einer demokratischen Stadtgesellschaft auch geboten und unter dem Partizipations-Aspekt einer lebendigen Zivilgesellschaft außerordentlich wünschenswert!

Schon die Bürgerbeteiligung hat keine Mehrheiten für die Tunnel-Variante ergeben. Dies soll nun anscheinend von einer Agentur bewerkstelligt werden, die laut Ausschreibung als Referenz u.a. Erfahrungen mit erfolgreicher Öffentlichkeitsarbeit bei anderen Großbauprojekten im Infrastrukturbereich vorweisen kann. Eine Kommunikationsagentur kann in einer Vor-Entscheidungsphase gar keine neutrale Kommunikation betreiben und soll dies anscheinend auch nicht. Auch halten wir es für fraglich, ob die Ausgabe von Geldern für Kommunikation bereits heute, also vor der Variantenentscheidung durch den Rat und noch im Vorplanungsstadium, überhaupt rechtmäßig ist.

Im Übrigen steht hier einmal schwarz auf weiß, dass die Stadt von einer Bauzeit bis mindestens 2037 ausgeht. Auch das kann sich nur auf die Tunnel-Variante beziehen und ist nach allen Erfahrungen noch zu optimistisch. Oberirdisch ginge es viel rascher.

Im Klartext: Die Stadtverwaltung will einen Propaganda-Auftrag für die Tunnel-Variante vergeben. Wir fordern die demokratischen Ratsparteien auf, diese Ausschreibung zu stoppen.

Barbara Kleine, Angela Bankert für den Sprecher\*innenrat Bündnis Verkehrswende Köln  
weitere Informationen: [www.verkehrswende.koeln](http://www.verkehrswende.koeln), Kontakt: [info@verkehrswende.koeln](mailto:info@verkehrswende.koeln)

